



# BASis Info 11/2023

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten **Bärbel Bas**

Foto: photothek

## Liebe Leserin, lieber Leser,

vor über zwei Wochen hat die Hamas zahlreiche israelische Ortschaften angegriffen. Mehr als 1.400 israelische Kinder, Frauen und Männer wurden von den Terroristen getötet. Über 200 Menschen – darunter auch deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger – wurden verschleppt und als Geiseln genommen. Diese müssen umgehend freigelassen werden. Ich bin zutiefst entsetzt über die grausamen Morde und stehe in voller Solidarität zu Israel und dessen Recht auf Selbstverteidigung, um die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger wiederherzustellen.

Mit Entsetzen sehen wir, dass die Kampfhandlungen weitergehen und viele Unschuldige leiden und sterben. Die Hamas hat bewusst die palästinensische Bevölkerung in Geiselhaft genommen. Allein die Hamas trägt dafür die Verantwortung. Mit den Angriffen hat die Terrororganisation der mühevollen Annäherung zwischen Israel und den arabischen Staaten einen schweren Schlag versetzt und dadurch nicht zuletzt den Palästinenserinnen und Palästinensern geschadet.

Der Besuch des Bundeskanzlers vergangene Woche in Israel war ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit unseren israelischen Freundinnen und Freunden. Wichtig sind auch der Schutz der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und die Vermeidung eines Flächenbrandes in der Region. Dazu hat sich der Bundeskanzler in Ägypten mit Präsident al-Sisi ausgetauscht. Deutschland wird weiterhin humanitäre

Hilfe leisten und sich auf allen Wegen dafür einsetzen, dass diese auch bei den Menschen ankommt. Denn die Menschen in Gaza brauchen Wasser, Nahrung und Medikamente.

Mut macht mir die Wahl in Polen. Auch wenn die neue Regierung noch nicht vereidigt ist, nach jetzigem Stand scheint die derzeitige PiS-Regierung abgewählt und das Bündnis um Donald Tusk in der Lage, die künftige Regierung zu bilden. Das wäre ein starkes Signal für die Demokratie in Polen, die bilateralen Beziehungen zu Deutschland und die Rolle Polens in der Europäischen Union. Und das Wahlergebnis zeigt auch: Populistinnen und Populisten, die mit scheinbar einfachen Lösungen Stimmung machen, sind besiegbare.

Erfolgreiche Politik lebt vom Austausch. Dabei wollen wir den Dialog mit Interessenvertreterinnen und -vertretern so transparent wie möglich gestalten. Deshalb haben wir eine Änderung des Lobbygesetzes beschlossen. Künftig müssen Interessenvertreterinnen und -vertreter angeben, auf welches Gesetzvorhaben sie konkret Einfluss nehmen wollen. Um die Transparenz bei der Finanzierung zu stärken, müssen Hauptfinanzierungsquellen und Mitgliedsbeiträge offengelegt werden. So machen wir noch nachvollziehbarer, wie und wozu es Kontakt zwischen Abgeordneten, Bundesregierung und Lobbyverbänden gibt.

**Herzliche Grüße**  
**Bärbel Bas**



## Uneingeschränkte Solidarität mit Israel

Ich verurteile die menschenverachtenden Terrorakte gegen Israel auf das Schärfste. Dieser beispiellose Terror ist durch nichts zu rechtfertigen. Meine Gedanken sind in diesen Tagen bei den Angehörigen aller Opfer, den Verletzten und den verschleppten Menschen.

### Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung

Der Staat Israel ist eine Schutzzone für Jüdinnen und Juden weltweit. Er wurde gegründet, damit Jüdinnen und Juden nicht mehr von Anfeindungen und Gewalt, bis hin zum Tode, bedroht sind. Diese Schutzzone wurde nun auf menschenverachtende Weise attackiert und angegriffen. Israel hat daher das Recht, sich gegen die terroristischen Angriffe zu verteidigen und gegen die Aggressoren der Hamas vorzugehen.

Die Sicherheit Israels ist zu Recht Teil unserer Staatsräson. Der gemeinsame Antrag der Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie der CDU/CSU-Fraktion (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/087/2008736.pdf>) anlässlich der Regierungserklärung von Olaf Scholz zur Lage in Israel, den der Bundestag später einstimmig annahm, war ein wichtiges und klares Signal: Deutschland und Israel sind heute mehr denn je eng verbunden — politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell und in der Zivilgesellschaft.

Dies gilt es angesichts des großen menschlichen Leids, das in diesen Tagen über Israel hereingebrochen ist, zu bewahren und auszubauen. Die Bundesregierung ist daher vom Bundestag aufgefordert, Israel jede notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Und sich auch künftig für eine dauerhaft friedliche Koexistenz zwischen Israel und den Palästinensern in zwei Staaten einzusetzen.

### Keine Toleranz für die Unterstützung von Terror

Auch nach innen müssen wir unmissverständlich klar machen: Wir akzeptieren in unserem Land und in unserer Stadt keinerlei Unterstützung oder Relativierung dieser feigen und widerwärtigen Verbrechen. Dass hat in Duisburg auch unser Oberbürgermeister Sören Link stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt deutlich gemacht. Die große Mehrheit der Duisburgerinnen und Duisburger akzeptiert keine Israelfeindlichkeit und keinen Antisemitismus in unserer Stadt. Die Duisburgerinnen und Duisburger beziehen klar Position und zeigen Gesicht: Gegen den Terror und für die Menschen in Israel.

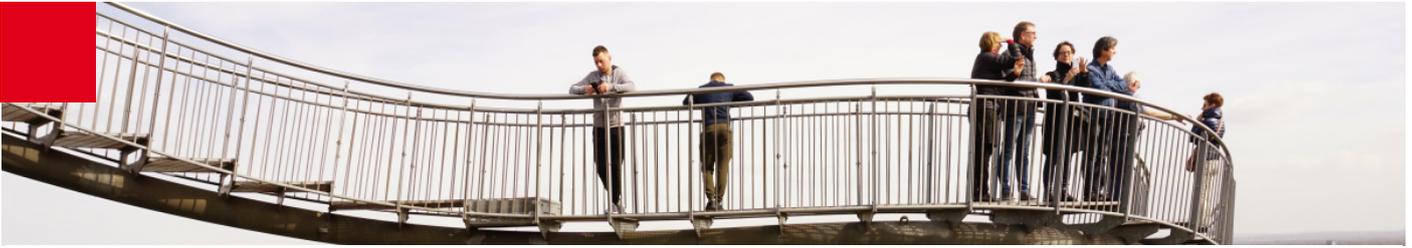
Wir akzeptieren nicht, wenn diese Verbrechen auf den Straßen oder im Netz gefeiert werden – weder bei uns in Duisburg noch in anderen Städten.

In unserem Land und in unserer Stadt sind wir alle verpflichtet, jegliche Solidarisierung mit Terrororganisationen sowie gewalttätige Ausschreitungen zu verurteilen und dagegen mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln vorzugehen. Hierbei vertraue ich auf die Arbeit der Polizei und der Staatsanwaltschaft.

Das geplante Betätigungsverbot für die Hamas in Deutschland und das Verbot der Samidoun ist eine schnelle und angemessene Reaktion unseres wehrhaften Rechtsstaates, die ich ausdrücklich unterstütze.

Und insbesondere Gewalt gegen Jüdinnen und Juden und Anschläge auf jüdische Einrichtungen dürfen wir niemals hinnehmen.

Hier gilt für mich: Nie wieder ist jetzt.



## Besuch aus Duisburg in Berlin



Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr konnte ich Gäste aus Duisburg im Rahmen einer Informationsfahrt für politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger im Bundestag begrüßen, die regelmäßig durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) und mein Wahlkreisbüro organisiert werden. Es war mir eine große Freude, bei

unserem gemeinsamen Gespräch über meine Aufgaben und meine Arbeit als Bundestagspräsidentin und als Duisburger Abgeordnete zu berichten.

Zuvor hatten meine Gäste bereits die Gelegenheit, mich von der Tribüne des Plenarsaals aus dabei zu beobachten, wie ich die Sitzung des Bundestages leite.

Zentrale Themen unseres Gesprächs waren die beschlossene Reform des Wahlrechts, die aktuelle Debatte über Migration und Zuwanderung sowie die Arbeit der Ampel-Koalition in Berlin. Das Gespräch hat mir viel Spaß gemacht. Die vielen verschiedenen Fragen habe ich gerne beantwortet. Ich bin sicher, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Besucherfahrt haben in Berlin viele interessante und unvergessliche Eindrücke gewonnen.

## Wir stehen an der Seite der Beschäftigten von Thyssenkrupp

Bei Thyssenkruppsteel plant Konzernchef Miguel López den Teilverkauf der Stahltochter an einen tschechischen Milliardär, der eine Beteiligung von bis zu 50 Prozent erhalten soll. Die Arbeitnehmervertreter von Thyssenkruppsteel wollen Plänen zum Verkauf der Stahltochter nicht zustimmen. Zumindest so lange nicht, bis ein industrielles Konzept mit dem möglichen neuen Investor vorliegt. Konzernbetriebsratschef Tekin Nasikkol fordert deshalb, dass umgehend detaillierte Daten, Zahlen und Fakten bereitgestellt werden. Im Vordergrund müsse dabei immer stehen, dass die Standorte und ihre Beschäftigten gesichert sind.

Mein Kollege Mahmut Özdemir, die Landesgruppe NRW in der SPD-Bundestagsfraktion, die gesamte NRWSPD und ich stehen solidarisch hinter der For-

derung des Thyssenkrupp-Betriebsrats nach mehr Transparenz zu den aktuellen Plänen der Konzernspitze. Wir sind uns einig: Stahl ist Zukunft! Aber es braucht ein schlüssiges Gesamtkonzept.

Wir setzen uns für eine zukunftsgewandte Stahlindustrie ein, die auch morgen unseren Kindern und Enkeln Arbeit und Wohlstand in Duisburg und NRW sichert. Deshalb unterstützen wir gemeinsam unsere Stahlindustrie, deren Beschäftigte und Betriebsräte auf dem Weg zu einer klimaneutralen, Wasserstoff-gestützten Stahlproduktion.

Es freut mich, dass die NRWSPD auf ihrem Landesparteirat an diesem Wochenende ein klares Signal gesandt hat und sich in einem dort beschlossenen Initiativantrag hinter die Beschäftigten und ihre Forderungen gestellt hat.



Foto: photothek

## Mein Tagebuch

Seit inzwischen drei Jahren, mit Ausnahme eines nur kurzen Hafturlaubs aus medizinischen Gründen im Jahr 2021, ist die Deutsch-Iranerin Nahid Taghavi im Iran in Haft. Am 16. Oktober 2020 wurde sie aus politischen Gründen festgenommen. Im August 2021 wurde sie von einem iranischen Gericht wegen „Mitgliedschaft in einer illegalen Gruppe“ und „Propaganda gegen den Staat“ zu zehn Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt.



© Deutscher Bundestag/Tobias Koch

**Nahid Taghavi  
muss  
unverzüglich  
freigelassen  
werden.**

*Bärbel Bas*

Freiheit für Nahid Taghavi – gerade zum dritten Jahrestag ihrer Inhaftierung gilt diese Forderung mehr denn je. Für mich steht fest: Sie muss aus humanitären Gründen unverzüglich aus der Haft entlassen werden. Dafür setze ich mich als ihre politische Patin weiterhin unermüdlich ein.

Mut und Hoffnung gibt mir dabei die Kundgebung, die von Amnesty International Deutschland in der vergangenen Woche vor dem Deutschen Bundes-



tag organisiert worden ist – gemeinsam mit HA-WAR.help und Nahid Taghavis Tochter, Mariam Claren. Mit dabei waren auch Vertreterinnen und Vertreter aller Ampel-Fraktionen, etwa der Menschenrechtsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Frank Schwabe. Unsere gemeinsame Botschaft ist klar: Wir werden die Inhaftierung Nahid Taghavis niemals akzeptieren und setzen uns weiter für sie ein.

Bis zum nächsten Mal,  
ich freu mich drauf!

## Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

**Bärbel Bas, MdB**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:  
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:

<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>

# Neues zum Schluss